

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON. B 40-5-20, KL. 1121, 1122, 1125

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 18. November 1955

Blatt 2022

Photo-Leistungsschau der Angestellten der Zentralsparkasse

=====

18. November (RK) Die Angestellten der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien veranstalten vom 21. bis 26. November in der Hauptanstalt der Zentralsparkasse, 1, Wipplingerstraße 8, 1. Stock, eine interessante Photo-Leistungsschau. Die Ausstellung ist Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr, Samstag von 8 bis 16 Uhr geöffnet.

- - -

Musikveranstaltungen in der Woche vom 21. bis 27. November

=====

18. November (RK)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Montag 21. Nov.	Brahmssaal (MV) 19.30	Kreis des geistigen Lebens: Gedenkfeier für Wilhelm Furtwängler
Dienstag 22. Nov.	Brahmssaal (MV) 19.30	Klavierabend Ivan Melman (Südafrik. Union)
	Gr.M.V.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: a.o. Chorkonzert der GdM (Voraufführung); Dirigent Erich Kleiber
	Kammersaal (MV) 19.30	Konzert des Richard Wagner-Verbandes
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: 2. Konzert im Zyklus IV; Wr. Konzerthausquartett (Werke von P.Hindemith)
Mittwoch 23. Nov.	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: a.o. Chorkonzert; Singverein, Wr. Symphoniker, Dirigent Erich Kleiber (Verdi: Requiem)

./.

Mittwoch 23. Nov.	Mozartsaal (KH) 15.30	Kulturamt - Theater der Jugend: 2. Konzert im Abonnementzyklus für Schüler; Kammerorchester der Wr. Symphoniker, Dirigent Kurt Richter
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: 1. Konzert im Zyklus III; Lucas David (Violine), Wr. Kammerchor, Kammerorchester der Wr.KHG; Diri- genten Heinrich Hollreiser und Dr. Hans Gillesberger (Werke von Joh. Nep.David)
Donnerstag 24. Nov.	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: a.o. Chorkonzert, Dirigent Erich Kleiber (Wiederholung vom 23. Nov.)
	Brahmssaal (MV) 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: Liederabend Irmgard Seefried; am Flügel Dr.Erik Werba
	Musikakademie Vortragssaal 18.30	Internat. Gesellschaft für neue Musik: Vortrag Prof. Friedrich Wildgans "Weberns Musik im Zwölf- tonsystem" (mit Musikbeispielen)
Freitag 25. Nov.	Gr.M.V.Saal 11.30	Kulturamt - Theater der Jugend: 11. Konzert für Schüler der dritten Klassen; Wr. Symphoniker, Dirigent Milo Wawak
	Brahmssaal (MV) 19.30	Violinabend Herman.Salomon (Amster- dam); am Flügel Otto Schulhof
	Kammersaal (MV) 19.30	Verband der geistig Schaffenden: Literarisch-musikalischer Abend
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: 3. Konzert im Zyklus I; Die Zagre- ber Solisten, Dirigent Antonio Janigro (Albinoni, Händel, Bach, Vivaldi, Corelli, Purcell)
	Schubertsaal (KH) 19.30	Klavierabend Jenny Protopapa
	Konservatorium der Stadt Wien Vortragssaal 19.00	Musiklehranstalten der Stadt Wien: "Hausmusik in der Familie"; Aus- führende: Eltern der Zweigschule Margareten, Leitung Otto Pecha
	Gr.M.V.Saal 19.30	Wr. Männergesangverein: Chor-Orchesterkonzert; Wr. Sympho- niker, Dirigent Karl Etti
Samstag 26. Nov.	Gr.M.V.Saal 15.00	Wiener Philharmoniker: 3. Abonnementkonzert, Dirigent Hans Knappertsbusch (Bruckner 8. Sym- phonie)
	Gr.M.V.Saal 19.30	Wr. Männergesangverein: Chor-Orchesterkonzert; Wr. Sympho- niker, Dirigent Karl Etti

Samstag 26. Nov.	Brahmssaal (MV) 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: Liederabend Irmgard Seefried (Wiederholung vom 24. Nov.)
	Kammersaal (MV) 19.30	Liederabend Julius Schachner
	Gr.K.H.Saal 11.30	Kulturamt - Theater der Jugend: 5. Aufführung des Tanzspiels "Die Geschichte von der harten Nuß" (für Schüler der zweiten Klassen)
Sonntag 27. Nov.	Gr.M.V.Saal 11.00	Wiener Philharmoniker: 3. Abonnementkonzert, Dirigent Hans Knappertsbusch (Bruckner 8. Sympho- nie)
	Gr.M.V.Saal 16.00	N.Ö. Tonkünstlerorchester: 4. Sonntag-Nachmittags-Konzert; Walter Klien (Klavier), Dirigent Dr. Volkmar Andreae (Schubert, R. Strauß, Tschaikowsky)
	Gr.K.H.Saal 19.30	Tanzabend Susanne und José (spani- sche Tänze)
	Mozartsaal (KH) 15.00	Chorkonzert des Männergesangver- eines der Oberösterreicher in Wien
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: 2. Konzert im Zyklus III; Paul Hin- demith "Das Marienleben"; Hilde Zadek (Sopran), am Flügel Michael Gielen
	Schubertsaal (KH) 15.30	Kompositionskonzert Richard Maux
	Radio Wien Gr.Sendesaal 11.00	Österr. Rundfunk - Radio Wien: Öffentl. Rundfunkkonzert; Wr. Sym- phoniker, Chor des österr. Rund- funks, Dirigent Paul Hindemith (Werke von Paul Hindemith)

- - -

Wiener Gemeinderat

=====

18. November (RK) Unter dem Vorsitz von Gemeinderat Marek trat heute um 11 Uhr der Wiener Gemeinderat zu einer Geschäfts-sitzung zusammen. Der Vorsitzende teilte einleitend mit daß Bür-germeister Jonas auf dem Wege der Besserung ist, der Gesundungs-prozeß aber noch einige Zeit dauern wird. Unter dem Beifall des Gemeinderates wünschte er ihm eine baldige Genesung.

An Anfragen lagen vor: von der VO sieben, von der ÖVP eine. Folgende Anträge wurden eingebracht: von der VO "betreffend Son-derzahlung an die Dauerbefürsorgten aus Anlaß der Teuerung", "betreffend Verkehrsverbesserungen im Zusammenhang mit dem Wie-deraufbau der Schwedenbrücke und der Neugestaltung des Prater-sterne", "betreffend eine Solidaritätsaktion der Bundeshauptstadt Wien für die Freilassung des österreichischen Freiheitskämpfers Josef Orlitsch", "betreffend Anschaffung von Fernsehapparaten für die städtischen Altersheime". Die Anträge wurden zur geschäftsord-nungsmäßigen Behandlung den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zugewiesen.

Weihnachtspakete für Dauerbefürsorgte der Gemeinde Wien

Gemeinderätin Hlawka (SPÖ) referierte einen Antrag, wonach die Magistratsabteilung 12 ermächtigt wird, in der Betriebsperiode 1955/56 Verträge über die Lieferung von Kaffee, Mehlspeisen sowie Mittag- und Abendessen für den "Sorgenfreien Tag" in den Tages-heimstätten der Gemeinde Wien abzuschließen.

Als erste Debattenrednerin erklärte Gemeinderätin Dr. Stür-zer (ÖVP), daß ihre Fraktion dem Antrag zustimme. Sie begrüßte auch die Vermehrung der Tagesheimstätten für alte Leute, brachte aber einige prinzipielle Erwägungen vor. Viele Mitbürger, erklär-ten sie, wären nicht in der Lage, die Tagesheimstätten aufzusuchen, vor allem die Kranken unter den Dauerbefürsorgten. Es gibt noch andere Gruppen von alten Menschen, zum Beispiel verschämte alte Leute, die ohne eigene Schuld in Not geraten sind, oder schrullig gewordene Leute, die sich nicht gerne mit anderen Menschen zusam-mensetzen. Die Rednerin regt an, man möge in diesen Fällen die

20 Schilling, die ungefähr für die Betreuung jedes Besuchers der Tagesheimstätte ausgegeben werden, in Naturalien ersetzen.

Vizebürgermeister Honay stellt zu dieser Anregung fest, daß die Gemeinde Wien in den letzten drei Jahren die Zahl der Tagesheimstätten in Wien um 26 auf gegenwärtig 63 vermehrt hat. Man hätte diese Fürsorgeeinrichtung noch intensiver ausgebaut, doch die Möglichkeit der Beschaffung von Lokalitäten werde immer schwieriger. Die Tagesheimstätten erfreuen sich immer größerer Beliebtheit, denn die Zahl der Besucher aus den Reihen der 17.000 Dauerbefürsorgten steigt ständig. Wir alle hoffen, daß eine Zeit kommt, in der wir von Dauerbefürsorgten überhaupt nicht mehr reden brauchen. Bis dahin ist aber die Gemeinde Wien entschlossen, die Betreuung noch weiter zu intensivieren. Wenn in den ersten neun Monaten dieses Jahres allein für Medikamente und ärztliche Betreuung der Dauerbefürsorgten vom Wohlfahrtsamt der Gemeinde Wien 2,3 Millionen Schilling aufgewendet wurden, dann ist das ein Beweis für eine individuelle Betreuung. Die Auszahlung von 20 Schilling als Äquivalent für den Besuch der Tagesheimstätten betrachte er als eine Nivellierung der Fürsorge und lehne sie daher ab. Dennoch sei er bereit, diese Anregung dem Gemeinderatsausschuß für Wohlfahrtspflege zur Diskussion zu stellen. Abschließend erklärte Vizebürgermeister Honay, daß bereits in der nächsten Sitzung dieses Ausschusses der Antrag für eine große Lebensmittel-paketaktion für Dauerbefürsorgte gestellt werden wird. Er wird beantragen, für diese Weihnachtsaktion 300.000 Schilling bereitzustellen. (Beifall bei der SPÖ.)

Der Antrag über den Abschluß von Verträgen für die Versorgung der Tagesheimstätten der Gemeinde Wien wurde einstimmig angenommen.

Ein Parkplatz an der Alten Donau

Sodann referierte GR. Planek (SPÖ) einen Antrag auf Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen der Straße der Roten Armee, dem Promenadeweg, der Magdeburgstraße und der Gasse 1 in Stadlau.

GR. Hausner (VO) bemängelt, daß die Erstellung dieses Flächenwidmungsplanes zu lange gedauert hätte und daß nun erst wieder

keine Spiel- und Sportplätze und Kinderfreibäder in diesem Gebiet vorgesehen sind. Seine Fraktion habe diese Forderung bereits seit Jahren immer wieder im Interesse der Kinder und Jugendlichen erhoben.

GR. Planek stellt im Schlußwort fest, daß vor der Festlegung eines solchen Planes viele Fragen und Probleme zu lösen sind, was eben Zeit in Anspruch nimmt. Wegen der Kinderspielplätze sei zu sagen, daß auf den vorgesehenen Lagerwiesen die Möglichkeit zum Ballspielen und auch für sonstige Spiele besteht. Die zur Debatte stehende Neuordnung soll drei Probleme gerecht werden. Es sollen erstens die vorhandenen Flächen zusammenhängend als Lagerwiese ausgestaltet werden. Zweitens sollen für jene Schrebergärtner, Kleingartenflächen gewidmet werden, die aus dem Pratergelände und aus der Schüttaustraße abgesiedelt werden müssen. Drittens soll das Problem der Parkraumnot an der Alten Donau durch die Schaffung eines großen Parkplatzes gelöst werden.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Die Sonderzahlung an die Gemeindebediensteten

Stadtrat Dr. Migsch (SPÖ) referierte im Auftrag des Stadtsenates, der der Forderung des Gewerkschaftsbundes und der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten auf Auszahlung eines Viertelmonatsbezuges zugestimmt hat, einen diesbezüglichen Antrag. Diese einmalige Sonderzahlung sollen alle Bediensteten, deren Entlohnung nicht in Anlehnung an die Privatwirtschaft gesondert geregelt ist, und die Pensionsparteien der Stadt Wien und ihrer Unternehmungen erhalten. Sie ist im Monat Dezember flüssig zu machen. Sie wird jedoch jenen Bediensteten nicht gewährt, deren Dienstverhältnis gekündigt ist, wenn die Kündigungsfrist vor dem 1. Dezember 1955 abläuft. Von dieser Sonderzahlung ist der Beitrag zur Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien und der Pensionsbeitrag zu entrichten. Dem Magistrat erwachsen durch diese Sonderzahlung Aufwendungen von mehr als 20 Millionen Schilling, den Stadtwerken von 14 Millionen Schilling. Dieser Beschluß hat in der breiten Öffentlichkeit der Arbeiter und Angestellten Befriedigung hervorgerufen, werde aber in anderen Teilen der Öffentlichkeit sehr heftig kritisiert. In Regierungskreisen erklärte man, daß

die Gemeinde Wien hier die gemeinsame Bahn der Gehaltslösungen verlassen habe. Die Bundeshandelskammer und die Industriellenvereinigung haben in schärfster Form gegen sie Stellung genommen. Stadtrat Dr. Migsch stellt fest, daß den Stadtsenat jedoch dringende Gründe bewogen haben, diese Sonderzahlung zu beschließen. Hierzu seien jedoch einige Bemerkungen über die Finanzpolitik nötig, die seit Beginn dieses Jahres sowohl vom Bundeskanzler als auch vom Finanzminister gemacht wird. Die allgemeine Lohnbewegung der Arbeiter und Angestellten, vor der wir heute stehen, hat nämlich auch ihre Ursache in dieser Finanzpolitik. Bereits im Februar dieses Jahres erhoben die vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes die Forderung nach Schaffung eines neuen Gehaltsgesetzes. Der Bundeskanzler und der Finanzminister haben zu Beginn des Jahres wiederholt die akademischen Kreise ermuntert, solche Forderungen zu stellen. Man versprach ab 1. Jänner 1956 ein neues Gehaltsgesetz, das wesentlich dazu beitragen sollte, den Forderungen der öffentlich Angestellten zu entsprechen. Dann begannen die Verhandlungen und nun wurde der erste psychologische Fehler gemacht. Während die breiten Massen der kleinen und mittleren Gruppen bei der Post, bei der Bahn und auch bei der Gemeinde Wien die Forderung nach einem 14. Monatsbezug und nach einem neuen Gehaltsgesetz erhoben, gab es ab 1. Juni jedoch eine entgegengesetzte Regelung, bei deren Beschließung weder die verantwortlichen Vertreter der Länder noch der Städte angehört wurden, sondern die im Schoße der Sektionschefs und der Ministerialräte geboren wurde. Man hat zu dem Zeitpunkt, in dem die dritte Entnivellierungsetappe zur Auszahlung gelangte, eine Vorauszahlung gegeben, eine Bevorschußung auf das neue Gehaltsgesetz, das am 1. Jänner 1956 in Kraft treten sollte, wobei die Verdienenden bei dieser Regelung die Gruppen I, II und III waren. Stadtrat Dr. Migsch stellte fest, daß er damals bereits erklärt habe, um die verdienten leitenden Beamten der öffentlichen Verwaltung besser zu stellen, brauche eine klug geführte Verwaltung nicht den Umweg einer allgemeinen Gehaltsbewegung. Bei der Gemeinde Wien wurde durch die Beförderungsrichtlinien für die leitenden Beamten längst das getan, was der Bund auf dem selben Wege auch bereits tun hätte können. Die verantwortlichen Funktionäre der Gemeinde und Städte wurden damals nicht

gehört. Auch bei späteren Verhandlungen hat man wiederum die Funktionäre der Städte und Gemeinden nicht eingeladen. Bei der Erstellung des Bundesbudgets erklärte nun der Finanzminister und auch der Bundeskanzler, bei dem neuen Gehaltsgesetz ab 1. Jänner 1956 sei es im besten Falle möglich, die Regelung der Sonderzahlung ab Juni mit Ausdehnung auf die Pensionisten zu übernehmen. Dies ist wiederum ein unpsychologischer Vorgang, weil die breite Masse der kleinen Leute sich etwas erwartet hat. Diese Erklärungen verursachten natürlich eine Erregung in den städtischen Betrieben. Heute stehen wir nun einem Proteststreik der Autobusschaffner gegenüber, der sich nicht gegen die Gemeindeverwaltung richtet, sondern gegen die geplante Verschlechterung des Gehaltsgesetzes, sowie gegen die Teuerung in der Lebenshaltung. Tatsache ist, daß hier eine Vorgangsweise vorliegt, die uns in die größten Schwierigkeiten bringt. Darüber hinaus bestehen Bestrebungen, gewisse akademische Kreise den Gewerkschaften zu entfremden und einen Keil in die Verbände der Gewerkschaften zu treiben. Richter, Mittelschulprofessoren, Ärzte, Maturanten usw. haben sich losgelöst und eigene Interessengemeinschaften gegründet und diese Interessengemeinschaften haben eine Förderung vom Finanzminister erfahren. Gewiß ist für einen Verwalter eine mächtige geschlossene Gewerkschaft oft die Ursache schwerster Verlegenheiten. Es ist aber schlecht hier ausweichen zu wollen. Ein starker Gewerkschaftsverband hat ja auch für die Verwaltung einen unersetzlichen Vorteil, nämlich den der Vertragstreue. Die Einhaltung dieser Vertragstreue ist etwas, was die Stadtverwaltung von der Gewerkschaft entschieden verlangt. Darum sind auch wilde Streiks abzulehnen. Darum ist auch von Streiks in den Gemeindebetrieben wenig zu halten. Jeder einzelnen Gemeindeangestellte ist berufen, dem Volk von Wien zu dienen. Es scheint daher unmöglich, daß Autobusschaffner einen Proteststreik zu einer Tageszeit durchführen, in der die Masse der Arbeiter und Angestellten ihre Arbeitsstätten erreichen muß. Noch unmöglicher dann, wenn dieser Streik von Menschen geführt wird, die sicher nicht besorgt sein müssen, daß ihr Gehalt einen Abzug erfährt, während die Arbeiter und Angestellten jedoch, die wegen dieses Streiks zu spät in ihre Betriebe kommen, mit Lohnabzügen zu rechnen haben.

Hier sei noch sehr viel Aufklärungsarbeit zu leisten.

Stadtrat Dr. Migsch richtete sodann an die Arbeiter und Angestellten der Gemeinde Wien den Appell, ihrer Pflicht eingedenk zu sein. Er verweist in diesem Zusammenhang auf den Ärztestreik, der nicht gegen die Stadtverwaltung gerichtet war, sondern bei dem die Ärzte der Gemeinde Wien nur aus Solidarität zu ihren Kollegen gestreikt haben.

Wenn heute wiederholt mit dem Schlagwort "Inflation" herumgeworfen wird, kann nur gesagt werden, daß die Forderungen der Arbeiter und Angestellten die Stabilität unserer Wirtschaft in keiner Weise gefährden. (Beifall bei der SPÖ.) Es geht hier darum, daß die Arbeiter und Angestellten ihren gerechten Anteil an dem Sozialprodukt der Wirtschaft fordern. Das Volkseinkommen ist von 1952 auf 1954 von 63.3 auf 71.1 Milliarden gestiegen. Der Finanzminister rechnet für 1956 mit 100 Milliarden Schilling. Hingegen beträgt der Anteil der Arbeiter und Angestellten einschließlich der öffentlich Bediensteten in Österreich an diesem Volkseinkommen nur 41.3 Prozent, zum Unterschied von 70 Prozent zum Beispiel in den Vereinigten Staaten. Sieht man die Dinge so, dann stellt sich einem folgendes Bild: Unsere Wirtschaft ist robust genug, um den Arbeitern und Angestellten einen ohnehin bescheidenen Anteil am Volkseinkommen zu geben. Wenn auf die Überkonjunktur verwiesen wird, ist dazu festzustellen, daß eine solche vor allem in der Bauwirtschaft eingetreten ist und auch hier wiederum nur durch eine Maßnahme, die in der volkswirtschaftlichen Rangreihung nicht an die erste Stelle hätte gesetzt werden dürfen, nämlich der Baubeginn der Autobahn. Seine Partei habe wiederholt gewarnt und ist daher nicht überrascht, ein Jahr später zu sehen, daß diese Warnung berechtigt ist. Er ist der Überzeugung, daß die Steigerung des Realeinkommens der breiten Masse in vernünftige Bahnen gelenkt - und hierfür sorgen die Gewerkschaften - nur ein gesundes Moment in unserer Wirtschaft darstellen. Die Mehrheit des Gemeinderates hat in ihrer Personalpolitik immer diesen Grundsatz befolgt. Die Bezüge der Gemeindebediensteten haben sich vom Jänner 1955 bis heute um rund 150 Millionen Schilling und bei den Stadtwerken um 100 Millionen Schilling erhöht. Im Durchschnitt entfällt auf den Einzelnen eine Erhöhung um 14.9 Prozent. Dies bedeutet eine

Belastung der Gemeinde Wien, noch dazu zu einem Zeitpunkt, wo man ihren Anteil an dem gestiegenen Sozialprodukt der Wirtschaft, sei es durch direkte oder indirekte Maßnahmen, dauernd schmälert. Auf dem Gebiete des Familienlastenausgleiches sind von der Stadtverwaltung ebenfalls sehr hohe Lasten übernommen worden. Die Gemeinde Wien hat alles Verständnis ihren Angestellten gegenüber und tut, was in ihrem Bereich möglich ist. Die Stadtverwaltung wird aber niemals wilde Aktionen zur Kenntnis nehmen oder sie fördern. Alle Probleme sollen im Einvernehmen mit der Stadtverwaltung und in Berücksichtigung der allgemeinen Lage einer vernünftigen Lösung zugeführt werden. Wenn die Stadtverwaltung mit dieser Sonderzahlung einen kleinen Seitensprung aus dem allgemeinen Rahmen gemacht hat, so wurde sie durch das Verhalten der Regierung dazu gebracht. Die Stadtverwaltung könne nicht mit solchen unpsychologischen Mitteln des Versprechens und des Nichthaltens operieren. Lieber nichts versprechen und sich, wenn ein Problem auftaucht, mit seiner ganzen Kraft für dessen Lösung einsetzen. Diese Methode habe sich bisher noch immer als die überlegenere erwiesen. (Starker Beifall bei der SPÖ.)

GR.Dr. Soswinski (VO) betonte zunächst, daß seine Fraktion selbstverständlich dem Antrag zustimmen werde. Er sei jedoch der Meinung, man müsse sich endlich klar darüber werden, daß die Arbeiter und Angestellten mit den derzeitigen Löhnen und Gehältern nicht das Auslangen finden können, weil alles teurer geworden ist. Die einzige Möglichkeit, den arbeitenden Menschen ein besseres Leben zu sichern, sei daher die Durchsetzung höherer Löhne und Gehälter. Wir müssen uns auch in diesem Haus, wenn so viel von kostendeckenden Preisen gesprochen wird, zum Grundsatz der kostendeckenden Löhne bekennen. Österreich befindet sich in einer Konjunktur. Forderungen muß man aber in der Konjunktur stellen. Wie katastrophal die Lage der öffentlich Bediensteten ist, zeigt ihre ständig steigende Verschuldung. Der Redner führt als Beispiel dafür die Gehaltsvorschüsse der Eisenbahner an, die von 24 Millionen im Jahre 1952 auf 31 Millionen im Jahre 1954 gestiegen sind; bei den Lehrern waren es 10 Millionen im Jahre 1952 und 19 Millionen im Jahre 1954.

Es muß daher unsere Aufgabe sein, nicht mit erhobenem Zeigefinger gegen die streikenden Arbeiter aufzutreten, sondern vielmehr unsere Politik gegenüber der Regierung zu ändern, die die Gemeinde Wien darin hindert, die Forderungen der Gemeindebediensteten zu erfüllen. Die Arbeiter und Angestellten haben kein anderes Mittel als das Mittel des Streiks. Man muß entschieden dagegen Stellung nehmen, wenn gegen streikende Arbeiter mit der Drohung der Kündigung vorgegangen wird.

Abschließend stellt der Redner fest, seine Fraktion begrüße die Auszahlung eines Wochenlohnes, auch aus dem Grund, weil sie darin einen Auftakt sähe. Die VO hat wiederholt darauf hingewiesen, welcher Fehler es ist, daß sich die Gemeinde so sehr mit der Finanzpolitik des Bundes identifiziert. Unsere Aufgabe muß es jedoch sein, nicht mit dem Finanzminister, sondern gegen ihn zu handeln.

Vizebürgermeister Weinberger (ÖVP) stellt grundsätzlich fest, die ÖVP sei seit jeher der Ansicht, daß das Sozialprodukt allen gehört, die an seiner Vermehrung arbeiten. Daher soll auch jede echte Erhöhung desselben allen Beteiligten zugute kommen. Wenn also in Österreich in den letzten Jahren dank der Arbeit der gesamten Bevölkerung und der Finanzpolitik der Regierung eine solche Erhöhung erzielt wurde, dann ist es richtig, daß an der Erhöhung des Sozialproduktes auch die Angestellten und Arbeiter Anteil nehmen. (Beifall bei der ÖVP.) Dies ist auch im Allgemeinen geschehen und wurde auch von der Gewerkschaft anerkannt. Hier aber geht es um einen ganz besonderen Fall. Stadtrat Dr. Migsch habe die Vorlage sozusagen mit einem fast gefährlichen Satz überschrieben. Der Redner meint, er wolle jedoch hoffen, daß aus dem kleinen Seitensprung nicht ein gefährlicher Riß wird.

Wenn ich vorhin gesagt habe, fuhr der Vizebürgermeister fort, daß wir von der ÖVP jede Erhöhung des Sozialproduktes gerecht verteilt sehen wollen, so gibt es dafür verschiedene Wege. Der im allgemeinen bessere Weg besteht in der Herabsetzung der Preise. Diese Methode wurde jedoch durch die Tarifierhöhungen auf der Wiener Straßenbahn sehr erschwert. Ich muß leider sagen, daß die Sozialisten damals wirklich ein Signal gegeben haben, das böse Nachwirkungen hatte. (Beispiel bei der ÖVP, Gegenrufe bei den

Sozialisten.) Wir haben damals ernst vor diesem Schritt gewarnt. Wenn sie sagten, daß heute Raab und Kamitz schuld an der Notwendigkeit dieser Sonderzahlung sind, so muß ich feststellen, noch viel mehr Schuld gehabt hat der Beschluß, der in diesem Haus im Juli gefaßt wurde. Der Redner zitiert in diesem Zusammenhang die Arbeiter-Zeitung, in der Fritz Klenner in einem Leitartikel feststellt, daß seit Juli dieses Jahres Preisbewegungen aufgekommen sind.

Der Weg über die Ermäßigung der Preise ist bisher nicht gelungen. Vizebürgermeister Weinberger sagte, er hoffe jedoch, daß es in Zukunft möglich sein wird, die Preise zu senken oder zumindest nicht zu erhöhen.

Der Redner nimmt dann im einzelnen zu Bemerkungen des Referenten Stellung und stellt fest, daß die Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten immer Wert darauf gelegt habe, eine Regelung des Gehaltsgesetzes durchzusetzen. Man könne auch wohl nicht behaupten, daß den höheren Beamten das Geld nachgeworfen worden sei.

Zu den Streikbewegungen bemerkte der Redner, er habe schon einmal davor gewarnt, den Rufen zu folgen, die von den Kommunisten ausgestoßen werden. Er möchte jedoch gleichzeitig davor warnen, diese Bewegungen zu unterschätzen. Zu dem heutigen Streik bemerkte er, es genüge ihm nicht, wenn die Autobuschauffeure feststellten, daß sich der Streik nicht gegen die Gemeinde gerichtet hat. Gegen wen denn sonst? Dann offenbar gegen die Wiener Bevölkerung! Ich glaube, daß die große Mehrheit der Arbeiter und Angestellten unserer Stadt genau weiß, wohin sie von diesen Leuten geführt werden sollen.

Auf die Vorlage zurückkommend, sagte Vizebürgermeister Weinberger, die Volkspartei sei auch deshalb dafür, daß heute eine außertourliche Zuwendung beschlossen wird, weil sie meine, daß es die Stadt Wien finanziell aushält. Es bleibt allein die Frage übrig, ob es richtig war, diese Sonderlösung ohne Absprache mit dem Bund und den Ländern durchzuführen. Es wäre besser gewesen, zu einem gemeinsamen Vorgehen zu kommen.

Im großen und ganzen wird aber der Beschluß, den wir heute fassen, keine bösen Wirkungen haben. Trotzdem gab der Redner zu bedenken, daß nicht alle Wirtschaftstreibenden in der Lage sein werden, auch Sonderzahlungen zu leisten. Es gebe bestimmte Berufszweige in unserer Stadt, denen es leider nicht sehr gut gehe.

Vizebürgermeister Weinberger kam dann auf die Spaltungstendenzen in der Gewerkschaft zu sprechen und betonte, daß er jede Spaltung für schädlich halte. Manche Ereignisse in den letzten Tagen werden wohl alle Verantwortlichen gelehrt haben, daß eine große, geschlossene und wirklich überparteiliche Gewerkschaftsbewegung das beste ist. Nur muß diese Gewerkschaft auch dann ihre Pflicht erfüllen, wenn es ihr einmal schwerer fällt als heute. Der Redner bedauerte es, daß zum Beispiel der ÖGB anlässlich der Tarifierhöhungen nicht wie ein Mann aufgestanden ist und protestiert hat. Es wäre schrecklich, wenn der Gewerkschaftsbund zu einem Instrument für eine bestimmte Partei würde.

Als das Wesentliche bezeichnete Vizebürgermeister Weinberger die Tatsache, daß das gesamte österreichische Volk in den letzten zehn Jahren einen gemeinsamen Kampf um eine bessere Zukunft geführt hat. Es ist gelungen, die Beweglichkeit der Lohn-Preis-Spirale zum Stillstand zu bringen und es darf auch in Zukunft unter keinen Umständen zu neuen Preis- und Lohnbewegungen kommen. Es muß alles geschehen, um nicht in die Bewegung von vorgestern zu geraten und somit die Stabilität der Wirtschaft zu erschüttern. (Zwischenrufe der SPÖ: "Wenden Sie sich da an die Unternehmer!") Der Redner erklärte abschließend, daß jeder Österreicher an der Stabilität im Lohn- und Preisgefüge das größte Interesse haben muß. Dem vorliegenden Beschluß werde seine Fraktion mit Freude zustimmen, allerdings in der Annahme, daß er kein Präjudiz schafft. Das geringe Entgelt haben sich die Gemeindebediensteten redlich verdient. Seine Partei werde sich immer dafür einsetzen, den Arbeitern nach Möglichkeit ein echtes Plus am Nationalprodukt zukommen zu lassen.

GR. Lauscher (VO) bezeichnete die Rede des Vizebürgermeisters Weinberger als ein klassisches Beispiel eines Ablenkungsmanövers. Man will davon ablenken, um was es eigentlich geht, nämlich um das Recht auf den Anteil der Arbeitnehmer am Arbeitsprodukt. Die Produktivität der Arbeit, so führte er aus, ist nachweislich gestiegen und auch die Umsätze sind gut. Wie man aber den gerechten Anteil der Arbeiterschaft sichern soll, darüber herrschen verschiedene Anschauungen. Er erinnert an die Anträge seiner Partei, die man seinerzeit als Diskriminierung und als Putschversuche bezeichnet hat, die Österreich in ein Chaos stürzen würden. Die beiden Regierungsparteien hätten die Möglichkeit gehabt, das Realeinkommen durch Preissenkungen zu erhöhen. Die Preissenkungen erwiesen sich aber als ein Schwindel, da sie in der kapitalistischen Welt nur durch Angebot und Nachfrage bestimmt werden, auf die die Arbeiterschaft keinen Einfluß hat. Die Arbeiter sind empört über die unverschämte Höhe der Preise und der Profite. Umso mehr, als es bekannt ist, daß die österreichischen Unternehmer und Großagrarien seit Kriegsende 100 Milliarden Schilling investiert haben. Dies beweise auch, wer bei uns verdient hat. Diejenigen, meinte der Redner, die bereits einmal schon die Stirn gehabt haben, mit der Inflationsgefahr zu drohen, werden ein zweites Mal kein Glück haben. Der ÖVP, erklärte der Redner, ist die Einheit der Gewerkschaft ein Dorn im Auge und ihr Kurs zielt auf die Spaltung der Gewerkschaften. Herr Weinberger drohe heute, seine Fraktion in den Gewerkschaften könnte auch einen anderen Standpunkt einnehmen. (Lebhafte Zwischenrufe bei der ÖVP.) Abschließend erinnert der Redner an die Stellungnahme seiner Fraktion bei der Verhandlung der Tariferhöhungen bei den Wiener Verkehrsbetrieben die er als ein böses Beispiel und einen krassen Fehler bezeichnet. Er stellt den Antrag, der Gemeinderat möge durch einen Beschluß die Lohnbewegungen begrüßen und sie als Kampfbewegung unterstützen.

Als nächster Debattenredner sprach GR. Schiller (SPÖ). Er erklärt, daß die Sozialisten über die Vorlage nicht erfreut seien. Sie wären froher gewesen, wenn sie unterblieben wäre und auf andere Weise hätte gelöst werden können.

Er verweist darauf, daß es den einzelnen Gewerkschaften vorbehalten blieb, ihre Forderungen zu stellen. Wenn jemand erklärt, so sagte er, die Preissenkungsaktionen seien ein Schwindel, so könne er ihm nicht beistimmen. Der Preisstop ist schon dadurch, daß die Preise sich nicht erhöhten, eine positive Erscheinung. Man könne auch den Erzeugungsbetrieben nicht absprechen, daß ihre Kalkulationen gewissenhaft sind. Ein anderes Kapitel ist jedoch der Zwischenhandel mit seinen großen Verdienstspannen. Wir sind der Ansicht, sagte GR.Schiller, daß es Möglichkeiten geben muß, diese Preisspannen zu senken. Sollte eine Überprüfung die Preise als gerecht befinden, dann werden sie auch von den Arbeitern anerkannt werden. Wird sie aber verhindert und wird auf dem Gebiet der Kalkulation vertuscht, dann bleibt den Arbeitern und Angestellten als letzter Ausweg, auf dem Lohnsektor den gerechten Ausgleich zu suchen. Die Arbeiter haben seit 1945 entscheidend mitgewirkt, um die Stabilität zu erreichen. Dafür haben sie auch Opfer gebracht. Wenn man heute dem Österreichischen Gewerkschaftsbund einen "Kampf um jeden Preis" vorwirft, dann stimmt es nicht, denn die Gewerkschaften haben aus den Ereignissen der Vergangenheit gelernt. Wir sind bereit zu verhandeln, was wir bei der Gegenseite vermissen. Und dennoch haben die Gewerkschaften die Hoffnung auf eine Einigung nicht aufgegeben.

Der Redner setzte sich dann mit der Diskussion über Teilstreike auseinander. Was die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten betrifft, so war sie bemüht, ihre Angehörigen von Teillaktionen abzuhalten. Er gab der Meinung Ausdruck, daß man nicht eine Politik des Streichelns und zugleich des Schimpfens betreiben könne. Man darf auch nicht, wie wir es in der letzten Zeit erlebt haben, Beamtenvereine mit Versprechungen aufpäppeln. Er glaube auch nicht, daß die ÖVP-Fraktion im Gewerkschaftsbund sich von der gemeinsamen Organisation absondern möchte. Sie habe im Gewerkschaftsbund mitbeschlossen und stehe mit ihm in einer gemeinsamen Front.

Der Redner kommt sodann auf einen Artikel in den "Tiroler Nachrichten" zu sprechen, in dem die Lohnforderungen als eine "Gemeinheit" bezeichnet und die Gewerkschaften mit den unflätigsten Worten beschimpft werden. GR. Schiller warnt vor einer solchen Tonart, denn eine derartige Vorgangsweise habe schon einmal in Österreich den Faschismus eingeleitet. Wenn die österreichische Arbeiterschaft einen größeren Anteil an dem größeren Ertrag der Wirtschaft mit Recht fordert, dann ist dazu zu sagen, daß diese Arbeiter und Angestellten es waren, die die Wirtschaft unseres Landes aus dem Chaos heraus aufgebaut und entscheidend mitgeholfen haben, daß wir heute imstande sind, diese Hochkonjunktur und Vollbeschäftigung zu haben. (Beifall bei der SPÖ.) Dieser Arbeiterschaft und diesen Angestellten darf aber auf die Dauer nicht vorenthalten werden, an diesem Mehrprodukt ihren Anteil zu fordern. Dies wird aber in einer Form getan, die durchaus nichts auf dem Gebiet der Währungspolitik rücken oder gar die Währung gefährden soll. Wir haben nicht die Absicht, eine Inflation herbeizuführen. Es waren die Arbeiter und die Angestellten unter der Führung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, die fünf unpopuläre Lohn- und Preisübereinkommen beschließen mußten in der Erkenntnis der Notwendigkeit, die Stabilität und die Sicherung der Währung herbeizuführen. Wer daher heute gerade jenem Teil, der diese schweren Opfer gebracht hat, um die Staatsidee zu sichern, den Vorwurf der Gefährdung der Währung macht, der irrt oder ist böswillig oder verdeckt hinter diesen Argumenten andere Absichten. Denn wer ist denn heute an der Stabilität unserer Wirtschaft am meisten interessiert? Jene, die Lohn- und Gehaltsempfänger sind, oder jene, die entweder Sachwerte besitzen oder die durch die Kreditausweitung verhältnismäßig stark verschuldet sind und unter einem solchen Aspekt ganz wesentlich verbilligt ihre Schulden los werden könnten? (Beifall bei der SPÖ.) Man möge nicht bei jeder lohnpolitischen Maßnahme von einer Gefährdung der Währung sprechen und ein Politikum daraus machen. Wenn in Zeitungen der ÖVP die Forderung nach Besserstellung von einzelnen Gruppen auftaucht, so muß gesagt werden, daß in der Forderung der Sozialisten eine Besserstellung aller Gruppen angestrebt wird.

Sowohl Vizebürgermeister Weinberger als auch GR. Lauscher haben zur Frage der Tarifregulierung bei der Straßenbahn gesprochen, jedoch die bedeutenden Ermäßigungen bei Gas- und E-Werk unberücksichtigt gelassen. Wir würden es sehr begrüßen, wenn die gesamte Wirtschaft bereit wäre, dieselbe Valorisierung bei allen Waren auf sich zu nehmen, wie sie bei den Straßenbahntarifen erfolgte. (Beifall bei der SPÖ.) Man hat die Tarifregulierung nicht um irgendeiner Laune willen beschlossen, sondern weil sie notwendig war. Der Redner stellte fest, daß auch die Arbeiter und alle, die seine Partei vertritt, von dieser Maßnahme nicht begeistert waren, aber es waren ja schließlich die notwendigen Argumente zum Verständlichmachen vorhanden. Dort aber, wo Preise ohne jede Begründung erhöht wurden, wobei GR. Schiller auf die nach Ankauf einer Konkurrenzfabrik besonders kaltblütig durchgeführte Preiserhöhung des Zündholzkartells verwies, dort ist das nicht in Ordnung. Der Redner fordert alle auf, ihre Kalkulation so offen vorzulegen, wie es die Stadtverwaltung tut. (Beifall bei der SPÖ.) Die Sozialistische Partei habe auch nie die Qualitäten und Kenntnisse des Finanzministers bezweifelt. Was jedoch an seiner Politik auszusetzen ist, sind andere Dinge und zwar, daß gerade er, der die Materie beherrscht, von einer Währungsgefährdung spricht, wo es sich nur um eine zweiprozentige Lohnerhöhung handelt.

Die Streiks und die Protestversammlungen in den städtischen Betrieben richteten sich in keiner Weise gegen die Gemeinde Wien, sondern gegen die Teuerung. Der Österreichische Gewerkschaftsbund hat der Vorlage auf Auszahlung eines Viertelmonatslohnes seine Zustimmung gegeben. Dazu ist zu sagen, daß diese Vorlage aus der Not der Zeit aufgezwungen wurde. Sie gibt auch nicht das, was gewünscht wurde. Sie bedeutet lediglich eine Zwangslösung.

Der Redner erklärt abschließend, seine Fraktion werde der Vorlage in der Überzeugung zustimmen, daß es den gemeinsamen Anstrengungen gelingen wird und muß, in unserem Lande den sozialen Frieden zu erhalten. An der Arbeiterschaft und an den Angestellten wird es nicht liegen. Wir sind zu Verhandlungen bereit.

Wenn die Gegenseite dazu bereit ist, wird der Friede erhalten bleiben können. Wenn die Gegenseite aber glaubt den Kampf provozieren zu müssen, dann sind wir auch dazu entschlossen! (Starker Beifall bei der SPÖ.)

Im Schlußwort begrüßt Stadtrat Dr. Migsch, daß alle im Gemeinderat vertretenen Fraktionen den Antrag des Stadtsenates einstimmig und ohne Einbringung eines Lizitationsantrages zum Beschluß erheben wollen. Der Referent beschäftigt sich dann mit den Ausführungen der Debattenredner und bemerkt zunächst zu Dr. Soswinski, die gegenwärtige Regelung bedeutet keineswegs eine Abgeltung für die gestiegenen Preise. Wenn die Gemeinde im Jahr 1955 im Durchschnitt die Löhne und Gehälter ihrer Angestellten um 14.9 Prozent erhöht hat, so ist dies eine wesentliche Besserstellung des Reallohnes. Wir haben also die Arbeiter und Angestellten der Gemeinde Wien an der Konjunktur mitbeteiligt, soweit dies im Rahmen der Stadtverwaltung möglich war. Der Referent stellt ferner fest, daß er den Streikenden niemals gedroht, sondern nur betont habe, daß sich die Arbeiter und Angestellten der Gemeinde in einer besonderen Lage befinden. Ihre Arbeit ist Dienst am Volk von Wien.

Dr. Migsch ersuchte ferner, den Antrag des GR. Lauscher abzulehnen, weil er eine Pflichtverletzung des Gemeinderates bedeuten würde.

Zu den Ausführungen von Vizebürgermeister Weinberger meint der Referent, er sei nicht der Meinung, daß die Tarifregelung die Preiserhöhung ausgelöst hat. In allen Berichten des Wirtschaftsforschungsinstitutes wurde niemals eine solche Behauptung aufgestellt. (Vizebürgermeister Weinberger: Das ist völlig falsch! - Stadtrat Lakowitsch: Da waren die Seiten zusammengepickt!) Der Referent fährt fort, daß er in den ersten Vorbesprechungen über die Tarifregulierungen Stadtrat Nathschläger geschildert habe, was auf dem personellen Sektor kommen werde. Er versicherte, daß die Sozialistische Gemeinderatsfraktion niemals mehr für Stadtrat Nathschläger die Kastanien aus dem Feuer holen werde, weil er versagt habe. (Stadtrat Dkfm. Nathschläger: Kein einziger Schilling von den Forderungen ist in der Tarifvorlage enthalten gewesen!) Sie können nicht abstreiten, daß ich Ihnen die Zahlen auf den

Tisch gelegt habe, mit welchen Belastungen Sie zu rechnen haben.

Zur allgemeinen wirtschaftlichen Situation stellte der Referent fest, er sei davon überzeugt, daß die Auflockerung der Kartelle und das famose Spiel von Angebot und Nachfrage zerschlagen gehört. Lassen wir doch das Gesetz der freien Wirtschaft gelten. Wenn es heute einen Interessenten an der Inflation gibt, so sind das die großen Schuldenbeutel, die man in den Reihen der kartellierten Industrie findet. Die Sozialisten jedoch sind im Interesse des Volkes aber auch im Interesse der Gemeindeverwaltung die strengsten Hüter der Stabilität der Wirtschaft. Aber für uns ist es selbstverständlich, daß wir auch den arbeitenden Menschen den entsprechenden Anteil am Sozialprodukt der Wirtschaft beschaffen werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Was den "Seitensprung" bei dieser Vorlage betreffe, so haben damit der Finanzminister und der Bundeskanzler begonnen, entgegenete Stadtrat Dr. Migsch. Ich habe dauernd Reden des Bundeskanzlers und des Finanzministers anzuhören, in denen völlig einseitige Erklärungen abgegeben werden. Von mir haben Sie jedoch niemals eine solche Erklärung gehört. Und wenn ich gesagt habe, wir haben erstmalig die einheitliche Linie verlassen, so deswegen, weil das böse Beispiel drüben gesetzt wurde und weil ich will, daß man zurückkehrt zu den Methoden der vernünftigen Zusammenarbeit. (Beifall bei der SPÖ.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag der VO mit den Stimmen der ÖVP und der SPÖ abgelehnt, der Antrag des Referenten wird einstimmig angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt, der Vorsitzende, Gemeinderat Sigmund, schließt die Sitzung um etwa 15.30 Uhr.

- - -

Übersiedlung der Bezirksstelle 23 - Liesing

=====

18. November (RK) Die Bezirksstelle der Magistratsabteilung 50 in Liesing Atzgersdorf übersiedelt morgen, Samstag, von 23, Breitenfurter Straße 7, in das Bezirksamt 23, Haekkelstraße 2. Telephon L 58-506.

Der Parteienverkehr wird am Dienstag, dem 22. November, wieder aufgenommen.

- - -